



## „Wir schicken dich zurück... zurück in die Zukunft!“

Nanu, was ist denn hier passiert? Was halte ich denn nun in der Hand?

Vorweg: Ja, das ist unsere Kreiszeitung - diesmal in einem neuen und ungewohnten Aussehen.

Der Grund ist schnell erklärt. Eine Woche vor Abgabe in den Druck bekommen wir die überraschende Nachricht, dass Wolfram Dittmann (allen wohl bekannt als Didi) unverschuldet ausfällt und wir voraussichtlich ohne eine Kreiszeitung in den nächsten Monat gehen werden. Die Druckvorlage und abgegebene Beiträge sind dezentral gespeichert und leider für uns nicht erreichbar. Das schlimmste Szenario, der redaktionelle Supergau, ist eingetreten.

Aber aufgeben und keine Zeitung herausbringen? Das ist keine Option. Kämpferisch, einfallsreich, pluralistisch, prinzipienstark – das sind wir als Partei und verkörpern es auch mit unserer Kreiszeitung. Aus einer Not eine Tugend machen, hieß es für uns als Redaktion. Kleine und größere Krisen kennen wir ja zur Genüge, daraus können wir auch unsere Stärke ziehen. Und nun ist es in deiner Hand, in neuem und modernerem Design. Die Frage nach der Notwendigkeit einer Printausgabe stand und steht seit einiger Zeit im Raum. Viele Kreis- und Stadtverbände haben diese Frage für sich negativ beantwortet und ihre Zeitungen eingestellt oder stellen diese nur noch als Onlineausgabe zur Verfügung.

Die Kosten für Druck und Verteilung sind hoch beziehungsweise zeitaufwendig, häufig fehlen Artikel und Beiträge aus der Basis sowie den Gremien und die Auflagenzahl fällt stetig. Alles sehr reale und nachvollziehbare Argumente.

Was aber passiert, wenn dieses Mitteilungsblatt für uns als Basis wegfällt, lässt sich allerdings auch sehen. Ein integraler Teil der Kommunikation zwischen dem Kreisverband im Gesamten und den einzelnen Mitgliedern fällt weg. Besonders diejenigen unter uns, deren einzige kontinuierliche Verbindung zur Partei zwischen diesen Seiten steckt, einzig durch altersbedingte Immobilität oder durch das Fehlen einer Gemeinschaft von Genossinnen und Genossen vor Ort, würden leiden. Dabei ist es gerade heute so wichtig zusammenzustehen und auch über den Tellerrand der eigenen Blase hinauszusehen. Wir brauchen uns als Gemeinschaft und wir brauchen eine Kreiszeitung, die jeder von uns lesen und in der Hand halten kann. So wie du jetzt.

Das wirkt zwar nicht unbedingt vernünftig oder logisch, kostet uns fortlaufend Geld, ist unglaublich zeitaufwendig und entspricht sicher nicht dem Zeitgeist – es ist aber notwendig. Deswegen plädiere ich, solange noch Artikel von euch kommen und wir noch ein paar Leserinnen und Leser sind, an einer Printausgabe festzuhalten und uns „Zurück in die Zukunft“ zu schicken.

**Frank Dittrich**  
Leiter der AG Medien



## Der 8. Mai 2023: Erinnern und mahnen bleibt unsere Aufgabe!

Es war richtig und ist vor allen notwendig auch in diesem Jahr am 8. Mai an das Ende des 2. Weltkrieges in Europa vor 78 Jahren zu gedenken. Es ist dem opferreichen Kampf der Sowjetarmee und ihrer Alliierten zu danken, dass der vom Hitlerfaschismus angezettelte Krieg endete. Millionen opferten ihr Leben im Kampf, im Krieg gegen die menschenverachtende Herrschaft Nazideutschlands. Mein Dank gilt deshalb allen Soldaten der Antihitlerkoalition, aber insbesondere den Soldaten der sowjetischen Roten Armee, den Widerständlern und Partisanen in allen besetzten Ländern und auch denen, die den Mut und die Kraft hatten, auch hier in Deutschland das Licht der Menschlichkeit nicht erlöschen zu lassen.

Den deutschen Mördern und ihren Helfern Einhalt geboten zu haben, war und ist und wird in allen Zeiten das größte Verdienst bleiben, das der Menschheit getan werden konnte. Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus in Europa. Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht besiegelte das Ende der Nazi-Diktatur und bedeutete einen Sieg über Faschismus, Antisemitismus, Rassenwahn und den NS-Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Das Ende faschistischer Herrschaft und die Befreiung verliefen europaweit unterschiedlich: Während Deutschland von den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition, von den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion und ihren Verbündeten, militärisch besiegt werden musste, gelang es antifaschistischen Kräften in anderen Staaten, sich selbst zu befreien oder großen Anteil an ihrer Befreiung zu haben.

Während für die Mehrzahl der europäischen Staaten 1945 die faschistische Herrschaft ein Ende hatte, litten die Menschen in Spanien oder Portugal noch weitere Jahrzehnte unter faschistischen beziehungsweise rechten Diktaturen.

Es gilt, die Erinnerung an die Millionen Toten im Krieg, die verschleppten, verfolgten und ermordeten Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Behinderten, Homosexuellen und die NS-Gegnerinnen & -Gegnern aus Parteien, Gewerkschaften und Kirchen wach zu halten.

Gerade wenn heute die extreme Rechte europaweit wieder erstarkt, wollen wir das antifaschistische Gedenken erneuern und bekräftigen. Der 8. Mai markiert den Sieg von Menschlichkeit, Frieden und Demokratie in Europa sowie einen Auftrag für die Gegenwart: wir widersetzen uns dem Rechtsruck in den Parlamenten, auf den Straßen, in den Betrieben und im Alltag.

Für uns gibt es keine Doppelstandards, schon gar nicht bei Angriffskriegen. Wir lehnen Russlands Krieg gegen die Ukraine genauso entschieden ab wie andere völkerrechtswidrige Kriege, etwa den Krieg der USA im Irak oder die türkischen Feldzüge gegen die Kurdinnen und Kurden.

Wir müssen die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis wachhalten, und auch die Erinnerung an jene, die sie beendeten. Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung und unsere Losung bleibt: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Beides gehört untrennbar zusammen. Es ist höchste Zeit, die Befreiung Europas von der Nazi-Herrschaft als herausragendes Ereignis unverrückbar im kollektiven Gedächtnis zu verankern. Der 8. Mai ist für uns ein Tag der Mahnung, aber auch ein Tag der Freude. Frankreich, Tschechien und die Slowakei feiern den 8. Mai bereits als offiziellen Feiertag. In den Niederlanden ist es der 5. Mai und Italien feiert am 25. April seine Befreiung vom deutschen Faschismus. Auch in Deutschland haben mehrere Bundesländer den Tag bereits zu einem gesetzlichen Gedenktag bzw. einem Feiertag gemacht.

Es ist an der Zeit, dass alle Bundesländer den 8. Mai zu einem Feiertag erheben. Mit Blick auf den 80. Jahrestag der Befreiung in zwei Jahren wäre es wichtig, wenn das Europaparlament den 8. Mai europaweit zu einem Gedenk- und Feiertag erklären würde.



**Rico Gebhardt**

Kreisvorsitzender DIE LINKE Erzgebirge und Vorsitzender der LINKEN im Sächsischen Landtag



### Uneingeschränkte Wahrung von Grund- und Menschenrechten im Umgang mit zivilgesellschaftlichen Klimaprotesten statt Kriminalisierung

Anlässlich der bundesweiten Razzien und Kriminalisierung der „Letzten Generation“ sowie der 94. Konferenz der Justizministerinnen und -minister am 25. und 26. Mai 2023 in Berlin erklären die rechtspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der LINKEN in Bund und Ländern:

Mit großer Sorge nehmen wir die in den vergangenen Monaten und Wochen aggressive Stimmung gegen die Organisation „Letzte Generation“ wahr, die vor allem von rechten und rechtskonservativen Politikerinnen und Politikern befeuert wird: Sie diffamieren Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten, verlangen Strafschärfungen gegen sie sowie die Ausweitung der in Bayern bereits existierenden Präventivhaft und fordern zuletzt sogar das Verbot der Organisation „Letzte Generation“.

In der hitzigen Diskussion um die Kriminalisierung der Klimaproteste treten dabei die im Grundgesetz garantierten Bürgerinnen- und Bürgerrechte vermehrt in den Hintergrund.

Diese Entwicklung ist im Hinblick auf die Bedeutung insbesondere des Grundrechts der Versammlungsfreiheit beunruhigend und gefährlich. Das Versammlungsgrundrecht, das sowohl in Art. 8 des Grundgesetzes (GG) als auch in einigen speziellen Landesgesetzen verankert ist, gehört zu den tragenden Säulen einer Demokratie und ist – wie das Recht auf freie Meinungsäußerung gem. Art. 5 GG – besonders schützenswert.

Diejenigen in der Bundesregierung, die fordern, die Aktionen der „Letzten Generation“ mit „voller Härte des Rechtsstaats“ zu bekämpfen, übersehen dabei auch noch ein weiteres elementares Grundprinzip unseres demokratischen Rechtsstaats: Den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Dieses Prinzip hat Verfassungsrang und besagt, dass der Staat bei jedem Eingriff in die (Grund-)Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger immer das mildeste geeignete Mittel wählen muss. Der Großteil der Politik setzt sich kaum mit den Protestformen des zivilen Ungehorsams in der Reichweite der durch das Grundgesetz geschützten Versammlungsfreiheit auseinander, derer sich die Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten bedienen, sondern kriminalisiert diese pauschal. Dabei ist ziviler Ungehorsam kein neues Phänomen, sondern schon seit der Antike ein legitimes Mittel, um sich gegen Ungerechtigkeiten aufzulehnen. Auch Mahatma Gandhi, Martin Luther King oder Rosa Parks haben durch zivilen Ungehorsam große politische Veränderungen bewirkt. Es handelt sich um eine Protestform, die gezielt Störungen verursacht, um die Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken. Dabei gehen die Protestierenden aktiv und gewaltlos gegen Ungerechtigkeiten vor. Genau das tut die „Letzte Generation“. Sie protestiert gegen die Untätigkeit der Regierung und fordert sie auf, die Verpflichtungen aus dem Klimaschutzgesetz umzusetzen. Sie verlangt von der Regierung, sich an das Grundgesetz zu halten und die Rechtsbrüche zu beenden. Für dieses Ziel ist sie bereit, mit gewaltlosen Sitzblockaden auch notfalls gegen Gesetze zu verstoßen. Die Klimabewegung bekennt sich anders als menschenverachtende rechte Gruppierungen, die mit Waffengewalt den Staat zu stürzen beabsichtigen, gerade ausdrücklich zu den im Grundgesetz niedergelegten Grundsätzen wie dem Schutz der Menschenwürde sowie der Grund- und Menschenrechte. Ziviler Protest ist für die Entwicklung einer Demokratie unerlässlich. Diese Protestform zu verbieten, hieße die Menschen zu entmündigen und ihnen ihre Rechte abzusprechen.



DIE LINKE verteidigt das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit vor dem Hintergrund der aktuellen Klimaproteste gegen die aktuellen Angriffe von Union, SPD und FDP. Das Bundesverfassungsgericht hat betont, dass in einer repräsentativen Demokratie mit nur geringen plebiszitären Elementen die Bürgerinnen und Bürger zwischen den Wahlen lediglich begrenzten Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können. Ihnen verbleibt als politische Einflussnahme daher vor allem die kollektive Einflussnahme durch Inanspruchnahme der Versammlungsfreiheit. Diese trägt dazu bei, das Defizit an politischer Einflussnahme gegenüber Verbänden, Lobbyisten und den Massenmedien zu kompensieren. Statt also die aktuellen Klimaproteste zu kriminalisieren und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu schleifen, sollte im Grundgesetz direkte Demokratie ermöglicht und damit alternative Handlungsformen eröffnet werden. Wir rufen alle Politikerinnen und Politiker dazu auf, die Kriminalisierung der „Letzten Generation“ zu beenden und warnen vor weiterer Hetze gegen Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten, die die Bevölkerung ermutigt, Selbstjustiz zu üben.

Stattdessen appellieren wir, die elementaren Grundpfeiler der Demokratie, die Grund- und Menschenrechte gerade in Zeiten, in denen der Rechtsruck überhandnimmt, besonders zu achten, zu wahren und zu schützen. Dazu gehört auch, auf demokratische, soziale und gerechte Ziele gerichteten zivilen Ungehorsam anzuerkennen und zu akzeptieren. Statt (Grund-)Rechte einzuschränken, muss die Regierung für einen konsequenten Klimaschutz sofort effektive Maßnahmen ergreifen und sich ernsthaft inhaltlich mit der Klimakrise auseinandersetzen. Nicht den Menschen, die sich für eine klimagerechte Zukunft einsetzen, gilt der Kampf, sondern der Klimakatastrophe.

Clara Bürger, rechtspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Susanne Hennig-Wellsow, Obfrau im Rechtsausschuss des Bundestages

Sebastian Schlüsselburg, rechtspolitischer Sprecher der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus

Marlen Block, rechtspolitische Sprecherin der LINKEN im Brandenburger Landtag

Ralf Schumann, rechtspolitischer Sprecher der LINKEN in der Bremischen Bürgerschaft

Cansu Özdemir, rechtspolitische Sprecherin der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft

Michael Noetzel, rechtspolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher der LINKEN im Hessischen Landtag

Rico Gebhardt, rechtspolitischer Sprecher der LINKEN im Sächsischen Landtag

Eva von Angern, rechtspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag von Sachsen-Anhalt

Iris Martin Gehl, rechtspolitische Sprecherin der LINKEN im Thüringer Landtag





## Einfach weggucken?

### Asylrechtsverschärfungen lösen keine Probleme

Anstatt humanitäre und pragmatische Lösungen für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zu suchen, geht es in der Asyldebatte momentan nur um Härte und Restriktionen. Das hilft keiner einzigen Kommune und schürt noch dazu rassistische Ressentiments. Die Leidtragenden sind die Asylsuchenden, denen eine weitere Entrechtung droht. Die Länder und der Bund wollen auf dem Flüchtlingsgipfel massive Verschärfungen im Migrationsrecht auf den Weg bringen. Dies umfasst unter anderem die Ausweitung von Binnengrenzkontrollen, mehr Abschiebehaft und eine Zustimmung zu rechtsstaatswidrigen Grenzverfahren auf EU-Ebene. Die Ampel wirft ihr Versprechen eines fortschrittlichen Paradigmenwechsels in der Migrationspolitik damit vollends über Bord und setzt die Abschottungspolitik Horst Seehofers fort – sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene. Die Legitimation dafür holt sie sich bei den Ländern, obwohl diese für das Migrations- und Asylrecht überhaupt nicht zuständig sind. Probleme bei der Unterbringung dürfen nicht instrumentalisiert werden, um aufenthaltsrechtliche Verschärfungen durchzusetzen. Das Asylrecht ist ein Menschenrecht, das keine Obergrenze kennt! Stattdessen bedarf es eines Ausbaus der kommunalen Infrastruktur und einer stärkeren finanziellen Unterstützung der Kommunen durch den Bund. Realitäten akzeptieren

Die Bundesländer fordern zu Recht eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten. Doch anstatt darauf einzugehen und langfristige Finanzierungskonzepte zu entwickeln, setzt die Bundesregierung auf Entrechtung und Abschottung. Vorschläge wie Ankerzentren, die Einstufung weiterer Herkunftstaaten als ‚sicher‘ und die Ausweitung von Abschiebehaft gehen direkt auf Seehofer zurück und sind das Gegenteil des versprochenen Paradigmenwechsels in der Migrationspolitik. Es kann nicht sein, dass Politiker:innen alle paar Jahre davon überrascht werden, dass mehr Geflüchtete kommen.

Flucht ist eine Realität, die nicht aufhören wird – darauf müssen sich Bund, Länder und Kommunen einstellen und dauerhaft ausreichende Kapazitäten vorhalten. Die Kosten muss überwiegend der Bund tragen. Nicht Geflüchtete sind das Problem, sondern mangelnde Infrastruktur.

### Clara Bünger

Mitglied des Bundestags



Markus Spiske/unsplash

## Bundesregierung darf der Abschaffung des Rechts auf Asyl in der EU nicht zustimmen!

„Am 26. Mai 1993 hat der Bundestag mit dem sogenannten Asylkompromiss bis dahin ungekannte Einschnitte in die Rechte von Geflüchteten beschlossen. Jetzt, 30 Jahre später, steht auf EU-Ebene eine Asylrechtsverschärfung von noch größerem Ausmaß bevor. Es droht die massenhafte Inhaftierung von Schutzsuchenden und die faktische Beseitigung des individuellen Rechts auf Asyl in der EU. Die Bundesregierung darf dieser großen Entrechtung am 8. Juni beim Rat der EU-Innenminister:innen nicht zustimmen“, fordert Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Vorfeld des Jahrestags des sogenannten Asylkompromisses. Bünger weiter:

## Aus dem Bundestag

„Schon jetzt werden auf den griechischen Ägäis-Inseln Menschen inhaftiert, die nichts anderes getan haben, als einen Asylantrag zu stellen. Die Zustände in den Haftlagern sind so verheerend, dass selbst Kinder dort Suizid-Versuche unternehmen. Der Horror, der im Rahmen des EU-Türkei-Deals erprobt wurde, soll nach den Plänen der EU-Kommission künftig überall Realität werden. Das wäre nicht nur menschenrechtlich fatal, sondern ein klarer Bruch mit dem Koalitionsvertrag. Die Ampel wollte das Leid an den Außengrenzen beenden, und es nicht verschlimmern!“

Das Europäische Asylsystem muss grundlegend neu ausgerichtet werden. Dabei müssen aber die Menschenrechte der Schutzsuchenden als Orientierungspunkt dienen und nicht rechte Träume von einer totalen Abschottung der Festung Europa.“



Pressemitteilung von

**Clara Bünger**

Mitglied des Bundestags

## Aus dem Landtag

### **Marika Tändler-Walenta auf sachsenweiter Sporttour – mit Rico Gebhardt im Erzgebirge**

In ihrer Funktion als sportpolitische Sprecherin unserer Landtagsfraktion, befand sich Marika Tändler-Walenta (auch Kreisvorsitzende Linke Mittelsachsen), im Zeitraum vom 17. April bis 29. April auf sachsenweiter Sporttour. Es wurden Vereine und Verbände in allen Kreisen und kreisfreien Städten besucht. Am Montag den 24. April war Sie dabei gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt im Erzgebirgskreis. Der Tag startete mit einem Termin beim Kreissportbund in Annaberg und wurde durch die Kreistagsfraktion in Anwesenheit von Dr. Barbara Drechsel sowie Frank Dahms. Der Kreissportbund als Unterverband vom Landessportbund, hat circa 55.000 Mitglieder, die sich in 461 Vereinen organisieren.

Der Geschäftsführer Jörg Hänsel gab den Abgeordneten eine Übersicht über die Struktur, der Situation des Ehrenamt in Landkreis und auch über die Bedarfe. Die mit der Coronavirus-Pandemie verbundenen Mitgliederverluste konnten nicht nur wieder ausgeglichen werden, sondern sogar ausgebaut. Dementsprechend hat der Kreissportverband 900 Mitglieder mehr als vor der Coronavirus-Pandemie, vor allem im Kinder- und Jugendbereich. Auch die breite Vereinslandschaft ist hervorzuheben, auch wenn es sich um eine sehr kleinteilige Vereinsstruktur handelt. Insbesondere folgender Satz von Herrn Hänsel haben die Abgeordneten für ihre politische Arbeit mitgenommen: „Was nützt uns der best geförderte Breitensport, wenn die Kinder nicht zu den Sportstätten kommen.“. Der ÖPNV war ein Dauerbrenner während der gesamten Sporttour. Im Anschluss ging es nach Breitenbrunn. Der Sportpark auf dem Rabenberg ist seit Jahrzehnten Anlaufstelle für Sportler und Sportlerinnen, die neue Trainingsziele erreichen oder eine optimale Wettkampfvorbereitung absolvieren wollen. Unsere Abgeordneten Marika und Rico besuchten zuerst die mittlerweile für den Ausbildungsbetrieb geschlossene Landesschwimmmeisterschule. In dieser wurden seit den 1990er Jahren Fachkräfte und Meister für Bäderbetriebe ausgebildet. Seit Mai 2022 ruht der Schulbetrieb. Doch warum ruht der Schulbetrieb? Es lässt sich auf die Landesdirektion und dazugehörige Vorschriften zurückführen. Ein Beispiel: Es dürfen seit 2020 nur noch Menschen mit festem Wohnsitz in Sachsen oder Thüringen ihre Prüfungen bei der Landesschwimmmeisterschule absolvieren. Die Schüler:innenzahl sank seitdem um über 65%. Die erforderliche Mindestanzahl an Teilnehmenden kann so nicht mehr erreicht werden. Ob und inwieweit sich die Verantwortlichen der Landesschwimmmeisterschule mit der Landesdirektion einigen können und wie wir als Linke im Landtag, aber vielleicht auch Kreistag unterstützen können, hängt von Ergebnissen der nächsten Gespräche zwischen der Schule und der Landesdirektion ab. Der Ausbildungsstandort sollte in Zeiten von steigendem Fachkräftemangel jedoch wieder öffnen. Zum Abschluss wurde sich noch mit dem Geschäftsführer des Sportpark auf ein Mittagessen in gelockerter Atmosphäre getroffen.

## Aus dem Landtag

Welche Auswirkungen hatte Corona auf den Sportpark? Welche finanziellen Mehrbelastungen sind durch die Energiekrise entstanden? Und welche Investitionen sind in naher Zukunft wichtig? Der Sportpark muss beispielsweise durch die Schließung der Schwimmmeisterschule auf einen mittleren Sechststelligen Betrag an Einnahmen durch Übernachtungen verzichten. Auch das Beheizen der Schwimmbecken und die Instandhaltung der Außensportanlagen sind hohe Kostenpunkte, in Zeiten in denen unsere gesamte Gesellschaft mit den Auswirkungen der Inflation zu kämpfen hat. Auch für den langfristigen Fortbestand des Sportparks auf dem Rabenberg hängt von einer vertieften Breitensportförderung, also einer attraktiven Vereinslandschaft mit gut ausgebildeten Übungsleiter:innen und modernen Sportanlagen ab.

### Marvin Javane

Mitarbeiter für Sportpolitik bei  
Marika Tändler-Walenta



Traditionell würdigten wir den 08.Mai mit eigenen Kranzniederlegungen in Annaberg-Buchholz, im Raum Aue-Schwarzenberg und in Löbnitz sowie der Teilnahme an der Gedenkveranstaltung an der Kriegsgräberstätte Ehrenmal Nennigmühle. Mitglieder des Kreisvorstandes nahmen an den Regionalkonferenzen des Landes- und des Bundesvorstandes teil. Insbesondere jeweils in den Workshops konnten viele Themen sehr sachlich diskutiert werden. Außerdem wurde unsere Gesamtmitgliederversammlung weiter vorbereitet und es wurden Entscheidungen zur Absicherung für den Wahlmarathon 2024 getroffen.

### Barbara Drechsel

Mitglied des Kreisvorstandes

## Leser\*innenbriefe

Nur ein Fehler oder hat das System?

Zitat „Freie Presse“ Seite 10 am Mittwoch, 17.Mai 2023, Artikel „B95/B 101: „Nun kommt noch der Stau hinzu“:

„... Für die Bewohner im Plattenbaugebiet „Barbara Uthmann“ werden die nächsten Wochen eine Geduldsprobe...“

Meines Wissens ist dieses Wohngebiet nur einmal nach der Wende umbenannt worden von Wohngebiet „Hermann Matern“ in Barbara Uthmann-Ring. Ist mir da etwas entgangen?

Ja, es ist ein Wohngebiet in Plattenbauweise. Auch ich habe dort 16 Jahre gewohnt. Diese Wohnungen waren heiß begehrt und wurden für die Menschen geschaffen und nicht für den Profit.

Angesichts des eklatanten Wohnungsmangels im vereinten kapitalistischen Deutschland verbietet sich meiner Meinung nach diese verächtlich gemeinte Sprachweise. Im Übrigen wird von Fachleuten über einen industriellen Wohnungsbau nachgedacht, um das Wohnungsproblem zu lösen.

Plattenbau 2.0 ?

**Elke Bergmann**

## Aus dem Kreisvorstand

### Bericht aus dem Kreisvorstand

Im Mai beriet der Kreisvorstand 2x jeweils in Form einer Videokonferenz.

Die Mitglieder werteten sowohl unsere Teilnahme an Veranstaltungen zum 01. Mai in Annaberg-Buchholz als auch in Aue-Bad Schlema aus. Generell ist festzustellen, dass zunehmend der eigentliche Inhalt des Tages der Arbeit sich zu Gunsten von Familienfesten wandelt. An beiden Standorten nahmen wir an Podiumsdiskussionen teil.



## Sagen wie es ist

An einem Sonnabend im April 2023 entdeckten mein Mann und ich im Supermarkt Kaufland in Annaberg-Buchholz ein Sonderregal mit Dingen des täglichen Gebrauchs: Tassen, Müslischalen, Trinkflaschen usw. Alles aus Keramik oder Kunststoff und in Pastelltönen. Wie viele Dinge heutzutage z.B. T-Shirts trugen auch diese Gegenstände eine Aufschrift, mit einer Aussage, die die Meinung des Nutzers ausdrückt oder einfach nur zum Schmunzeln anregt. Diesmal jedoch verschlug es uns sprichwörtlich die Sprache: „Ich hasse Menschen“ stand da unter anderem. Und das in einer Zeit, in der der Gesellschaft bewusst wird, was Hassbotschaften anrichten können und viele sich nicht mehr damit abfinden wollen. Nicht so die Mitarbeiterin des Servicepersonals Frau Schlegel, die am Verkauf dieses Produkts absolut nichts Verwerfliches sah. Ich erinnerte mich, dass vor einiger Zeit im Medimax ein Fußabtreter mit einer ähnlichen Botschaft angeboten wurde. Man stelle sich nur vor, man will jemanden besuchen und wird vor der Tür mit so einem Spruch begrüßt. Auf unseren Hinweis hin wurde damals das Produkt sofort aus dem Regal genommen und auch nie mehr angeboten. Zurück zu Kaufland, einige Tage darauf das gleiche Bild. Angesprochene Mitarbeiter wollten sich zu keiner Aussage hinreißen lassen und verwiesen darauf, dass sie ihren Job nicht aufs Spiel setzen wollen. Angst um den Job, wenn man sich gegen Menschenverachtung einsetzt, geht's noch? Dabei verlangten wir ja gar keine Arbeitsverweigerung, sondern nur, dass sie ihr Management auf die Kundenreaktionen zu solchen Angeboten hinweisen sollen. Sie meinten, es seien ja bereits einige Artikel aus dem Regal verkauft worden, mit anderen Worten, es ist ein Bedarf da und wenn sich mit dem größten Mist Geld verdienen lässt, warum soll man dann das Geschäft anderen oder dem Internet überlassen. Die Reaktionen seitens Kaufland auf unsere Mails zu dieser Problematik waren ebenso halbherzig wie nichtssagend.

Wir recherchierten zum Hersteller/Vertreiber dieser Produkte anhand der Website [www.gedalabels.de](http://www.gedalabels.de). Auch Norma hat diese Produkte ab und an im Angebot. Die Produktlinie „Sag es wie es ist“ existiert seit mindestens 2020. Die Produkte werden unter der Trendkategorie „Kackfrech“ geführt und die Sprüche sollen cool und witzig sein. Uns jedenfalls blieb das Lachen im Hals stecken.



Elke Bergmann

## Verschiedenes

### „Resignierte Eltern mit nem Trauma aus der Wendezeit erklären ihren Kindern das der größte Feind der Westen bleibt.“

Ein Satz den die meisten ostdeutschen Jugendlichen wohl so unterschreiben können. Gesungen bzw. wohl eher geschrien wird er von der Hinterlandgang in „3. Oktober“. Für junge Menschen ist „der Osten“ etwas vergangenes und doch so stets präsent. Wir kennen die Plattenbauten, die AWG Blocks und DAS richtige Jägerschnitzel. Spätestens seit wir vierzehn oder fünfzehn sind basteln wir an unseren Mopeds, natürlich original von unseren Verwandten übernommen. Einige von uns brüllen im Fußballstation „Ost Ost Ostdeutschland!“. Trotzdem wird uns erzählt, dass es „den Osten“ nicht mehr gibt.



Jedes Jahr aufs neue wird im Fernsehen und allen Social Media Kanälen propagiert, wie wunderbar wiedervereint wir sein. Jedes Jahr aufs neue zeigen uns „die Wessis“ wie toll es ist, Teil der BRD zu sein.

Aber ist das so? Wir haben zwar nicht den Ausverkauf des Ostens durch die Treuhand erlebt, aber wir gehören auch nicht zu unseren Westdeutschen Freund\*innen. Im Gegenteil: die „Plattenbau Romantik“ bleibt und von Pfeffi lässt es sich immer noch genauso gut kotzen. Über Ostdeutschland sprechen steht uns trotzdem nicht zu. Wir wurden ja in der BRD geboren und wachsen mit gefüllten Supermärkten auf. Mallorca ist zwar zum greifen nah, aber wenn man aufs Konto schaut so weit entfernt. Allen geht es am Arsch vorbei, wenn unsere westdeutschen Kommilitonen und Mitschüler\*innen mehr verdienen als wir. Gleichzeitig sind Politiker:innen verwundert, warum die Ostdeutsche Jugend Faschisten wählen und in Scharen den Rattenfängern in die Arme laufen. Natürlich ist das keine Entschuldigung - es erklärt aber einiges. Etablierte Konservative Politiker\*innen fragen sich wie man die abgehängten doch nur einfangen könnte. Tja, wie wäre es, wenn ihr uns und unseren Eltern zuhören würdet statt am 03. Oktober tolle Wiedervereinigungsfeiern in Berlin zu machen. Wie wäre es, wenn wir endlich bei gleicher Arbeitszeit den gleichen Lohn und Rente bekommen? Und vor allem eins: Anerkennung dafür, was unsere Eltern und wir geleistet haben und werden?

Wir brauchen ganz dringend eine Lohnoffensive Ost durch mehr Tarifbindung und flächendeckende Tarifverträge, um zu 100% das West Niveau zu erreichen. Nach der Schule wollen wir eine Perspektive für unsere Freund\*innen und Familie. Wegziehen in die alten Bundesländer für mehr Geld ist ein Trauma das durchbrochen werden muss. Unsere Arbeitsplätze sollen wieder hier sein - die Reindustrialisierung muss endlich beginnen. Geld für Ausbau von Bahnstrecken brauchen wir fast gar nicht, sie sind da - man muss sie nur endlich wieder beleben.

Wenn das alles passiert hat unsere Generation die Möglichkeit die Resignation unserer Eltern zu überwinden.

Den Osten gibt es noch immer. Er will gleichberechtigt sein, ohne gleichgemacht zu werden. Schließlich ist und wird Wittenberg bzw. Chemnitz nicht zu Paris.



**Charly Roffalski**

### **Etwas nachdenken schadet nicht!!**

Vor einigen Tagen lag ein Katalog in meinem Briefkasten. Irgendwie freute ich mich darüber, denn meist hat man nur noch die neuesten Werbeanmeldungen als Mail im elektronischen Postfach. Gemütlich einfach mal Blättern. Und dann kommt doch ein ungutes Gefühl auf: Bis Seite 39 Werbung für die abendliche Beleuchtung von Garten, Terrasse oder Balkon mit LED-Leuchten und als Energiequelle Solarpanels. Die gestalterische Vielfalt ist beeindruckend und es ist verführerisch neben leuchtenden Schmucksteinen, Girlanden usw. sich doch noch zu entscheiden. Kategorisch nein ist schon schwer, bei dieser ansprechenden Vielfalt. Doch wie sehen dies eigentlich die Insekten: Für die Einen bleibt es noch lange hell und sie schwirren unentwegt und die Anderen brauchen die Dunkelheit, die einfach nicht kommen will. Also sparsam mit dem Beleuchtungsfortschritt umgehen. Eventuell auch sich die Frage stellen: Wieviel Material wird für die LED-Leuchten und für die Solar-Panels verbraucht.

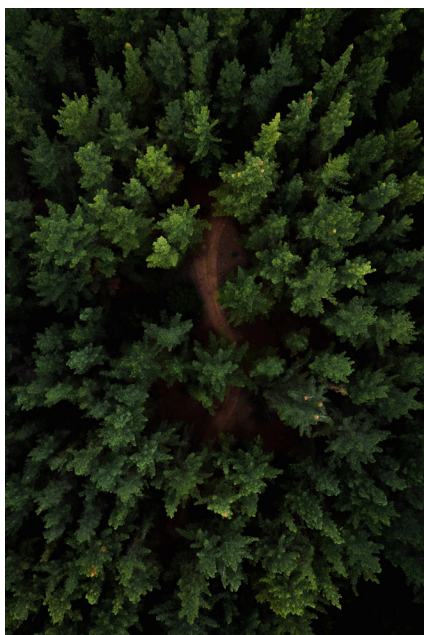
Nur an Wochenenden und da auch nicht immer esse ich mal ein gutes Stück Fleisch, so tönt es durch die Medien. Und ich trage auch keine Lederschuhe, -jacken oder -taschen. Prima klingt das. Ich frage mich aber als ausgebildete Landwirtin: Besteht denn so ein Mastbulle (egal wo er aufgewachsen ist in Australien oder im Erzgebirge, im Stall oder auf der Koppel) nur aus guten Fleischstücken. Was wird mit der Haut, den Knochen, Innereien und dem Kochfleischteilen? Einfach auch den Eintopf würdigen oder gut zubereitete Innereien, unsere Vorfahren haben Alles verwertet, das gehört für mich auch zum Tierwohl.

Spätestens nach dem Verblühen des Löwenzahns muss aber nun die Natur eingedämmt werden, sofern nicht bereits ein Schottergarten angelegt ist und alle Wege dicht bepflastert wurden. Irgendwann wird sich aber zwischen den vielen Steinen ein Grashalm oder auch ein Löwenzahn durchquälen. Und dann ist der Ärger groß, was traut sich denn diese Natur? Wasserdurchlässige Grundstücksflächen sind dringend notwendig gegen Überschwemmungen und für die vielen Bodenlebewesen, die wir kaum wahrnehmen.

Gedanken, die einfach mal sein mussten.

### **Dr. Barbara Drechsel**

Umweltpolitische Sprecherin  
der Kreistagsfraktion



## **Zeitzeug\*innenbericht aus dem Ortsverband Zwönitz**

Aus Anlass des zweiten großen Krieges in Europa nach dem zweiten Weltkrieg haben wir uns als Ortsverband Zwönitz entschlossen, alle geschichtlichen Niederschriften unserer bisherigen bisweilen schon verstorbenen Parteimitglieder über ihr Leben in der Zeit des Nazifaschismus noch einmal oder erstmals zu veröffentlichen. Fündig wurden wir in den Originaldruckvorlagen der in der Parteizeitschrift der PDS-Basisgruppe Zwönitz „Zwönitzer Linke“ erschienenen Artikel (ab Oktober 1991 bis Dezember 1999), in Originalvorlagen aus der Parteichronik der PDS von 1991/1992 des OV Zwönitz sowie dem noch nicht veröffentlichten mir aber überlassenem Manuskript von Hans Joachim Schmidt „Literarische Versuche, mit den Widersprüchen der Welt zu recht zu kommen“ und in Erzählungen meiner Vorfahren (Urgroßvater, zwei Großväter und meinen Eltern) sowie in aufbereiteten Gesprächen oder Kurznotizen mit inzwischen gestorbenen oder noch lebenden Zeitzeugen. Einige Gespräche und dazugehörige Notizen wurden im Laufe der letzten 30 Jahre mit den Zeitzeugen geführt, ein Teil davon aus Anlass des Gedenkens des Ortsverbandes der LINKEN Zwönitz an dem am 8. Mai 2015 begangenen 65. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg durch die Alliierten, zu denen die Rote Armee der Sowjetunion gehörte. Fast alle Zeitzeug\*innen sind inzwischen verstorben. Alle hier genannten waren aber vor ihrem Tod mit der Veröffentlichung ihrer Erlebnisse einverstanden. Aus Datenschutzgründen werden hier nur die Vornamen dieser Zeitzeugen veröffentlicht. Hinter diesen Personen verbergen sich Menschen, die in unserer Heimatstadt lebten. Die Namen sind den Verfassern dieser Broschüre bekannt.

Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Erzgebirge  
V.i.S.d.P. Frank Dittrich Spenden  
Für DIE LINKE Erzgebirge oder für die Zeitung mit der Spendenempfehlung von 10 pro Jahr  
Kontoinhaber: DIE LINKE Erzgebirge  
IBAN: DE56 8705 4000 3329 0004 56  
Sitz des Kreisvorstandes  
Kirchstraße 5 08280 Aue- Bad Schlema  
Internet: [www.dielinke-erzgebirge.de](http://www.dielinke-erzgebirge.de)  
Beiträge und Meinungen an [redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de](mailto:redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de)  
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgebers übereinstimmen. Leser\*innenbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht. Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist:

### **Richard F., ein aufrechter Gewerkschafter und Sozialdemokrat des vorigen Jahrhunderts geboren am 28.03.1887 in Ehrenfriedersdorf, verstorben 1982 in Zwönitz**

Richard F. wurde am 28.03.1887 in Ehrenfriedersdorf geboren, besuchte die Volksschule dort und arbeitete nach der Schulentlassung als Schuhzwicker in einer Schuhfabrik in Ehrenfriedersdorf. Am 15.02.1903 tritt er als 16-jähriger der Schuhmachergewerkschaft bei, 1904 geht er auf Wanderschaft. Seine Reiseberichte und Betriebserlebnisse schildert er mit zwanzig Jahren in der Gewerkschaftszeitung des Verbandes, der im Sommer 1913 in mehreren Fortsetzungen seine Berichte in Gotha herausgibt. So ist er z. B. 1906 in Hildesheim der jüngste Kartelldelegierte und wird 1907 in Hamburg von seinen Kollegen als Revisor gewählt. Seitdem ist er ununterbrochen in den jeweiligen Orten (seiner Wanderschaft) in der Gewerkschaft ehrenamtlich tätig, meist als Vorsitzender oder Kassierer. In Löbau sesshaft geworden, ist er Kartellvorsitzender, gründet und führt die Arbeiterjugend als stärkste Gruppe der SPD in der Oberlausitz. Gleichzeitig arbeitet er als Berichterstatter in der Zittauer SPD-Partei- und kämpft zusammen mit seinen Arbeiter und Arbeiterinnen den 9-Stundentag der Schuhfabrikarbeiter. Verzogen mit seiner Familie nach Hartenstein, wird Richard F. 1915 zum Kriegsdienst im I. Weltkrieg eingezogen und feiert 1918 an der russischen Front die Verbrüderung der deutschen und russischen Soldaten (davon soll im Zeitungsarchiv noch ein Foto existieren). Er gründet in der Ukraine den ersten Soldatenrat. Heim aus dem Krieg kommt er erst 1919. 1920 vereinigen sich die Schuhfabrik-Orte Löbnitz und Zwönitz zu einer Geschäftsstelle der Schuhmachergewerkschaft und Richard F. wird zum Geschäftsführer gewählt. Er zieht mit seiner Familie nach Zwönitz. Von der SPD erhält er das Mandat eines Stadtverordneten und stellvertretenden Bürgermeisters. Die Saalschlacht 1932 führt zu Berufsunfähigkeit.

Er muss mit anderen Funktionären der Arbeiterbewegung die Wandschmierereien der Faschisten am „Stern“ 1) abwaschen. Wegen nicht abgelieferter Waffen des „Reichsbannerverbandes“ 2) und „Linker“ wird er in Schutzhaft genommen, danach ins KZ (Konzentrationslager) Sachsenburg bei Colditz gebracht, 1935 aus der Haft in Bautzen entlassen. Seine Familie ist den Schikanen der Nazis in Zwönitz ausgesetzt. 1937 verziehen Familie F. nach Thalheim/Erzg. Hier wird Richard F. nach dem versuchten Attentat auf Hitler, wie viele Genossen, die in der Nazi-zeit standhaft blieben, in das KZ Sachsenhausen gebracht. 1945 kommt er mit einer perniziösen Anämie (bis zu seinem Tod bekommt er deshalb wöchentlich, später 14-tägig Spritzen) zurück. Als die Familie 1946 zurück nach Zwönitz zieht, wird er hier trotz seiner Krankheit zum Leiter der Ortsveteranengruppe gewählt und organisiert die Ausgabe eines warmen Essens an die alten Leute. Einige Jahre später konnte er aufgrund seines Gesundheitszustandes keine Funktionen mehr ausüben. Richard F. starb im Jahr 1982.



**Die Welt gehört  
in Kinderhände!**

Und weil Kinder unsere Zukunft sind,  
setzen wir uns entschieden gegen  
Kinderarmut ein! Machst du mit?

**DIE LINKE.**



## Ihr seid gar keine Deutschen!

Ich arbeitete in den dreißiger Jahren (7) bei der Firma Trommler. Herr Bergner war der Obmann der Nazipartei in diesem Betrieb. In der Fabrik in der Grünhainer Straße, die später durch Bomben zerstört wurde, war damals der Versammlungssaal. Wenn Führerreden übertragen wurden, mussten sich alle Belegschaftsmitglieder dort einfinden. Aus Angst fehlte dabei selten jemand. Wir waren vier Frauen, die einmal nicht teilnahmen. Ich erinnere mich, dass außer mir noch Gertrud A., die nach Aue musste und zwei andere, die ich nicht mehr weiß, dabei waren. Außer mir lebt niemand mehr von diesen Frauen, die der Aufforderung im Betriebsfunk nicht Folge leisteten. Wir sind hinten herum nach Hause gelaufen, damit uns niemand sehen konnte. Wir hatten alle Nummern, die wir bei den Versammlungen abgeben mussten, so dass die Betriebsführung genau merkte, wer fehlte. Die nächste Versammlung war kurz vor Weihnachten. Es gab damals keine Betriebsweihnachtsfeier<sup>8)</sup> aber 5 Reichsmark Weihnachtsgeld. Wir waren ziemlich erschrocken, also wir vier von Herrn B. aufgerufen wurden mit den Worten:

„Guckt euch die mal an! Das sind gar keine Deutschen! Ihr werdet schon wissen, warum! Die 5 Mark bekommt ihr auch nicht. Ihr wart ja bei der letzten Führerrede nicht da. Ihr gehört ganz woanders hin! Ravensbrück<sup>8)</sup> wartet schon! Ich habe euch bisher nicht gemeldet, aber ich werde es mir noch überlegen.“

Wir haben einige Zeit große Angst ausgestanden, denn er hätte uns ja melden können. Vor allem meine Mutter hatte Angst und machte sich Vorwürfe. Sie war krank, konnte damals schon schlecht laufen und deshalb ging ich nicht zur Versammlung. Sonst bin ich immer dagewesen. Ich habe mir zwar die Ohren voll Watte gestopft, wenn d e r geredet hat, denn d e n wollte ich nicht hören.

„Es ist schlimm, dass unsere Führung zum Teil Verbrecher geworden sind und auch was unter Stalin passiert ist, aber über Hitler redet niemand mehr. Es ist kein Wunder, dass Neonazis überall wieder auftreten.“

## Literarische Versuche, mit den Widersprüchen dieser Welt zu recht zu kommen

Quelle: Hans-Joachim S. aus seinem noch nicht veröffentlichten Manuskript

1932

Ich möchte die Welt so vieles fragen! Ich hätte ihr so viel zu sagen!

Doch hier, wo es dem Kopfe möglich wär, zu sinnen, hier ist's zu kalt.

Und dort wo es der Tinte möglich wär, der Feder zu entrinnen, da ist's zu laut.

Hier fehlt die Wärme, dort die Stille, hier fehlt das Licht und dort die Gedankenfülle.

Wer zahlt mir Feuerung und Licht, das Schreibpapier, selbst das zu teuer für meine leere Kasse ist!

Es ist unmöglich, hier zu sitzen und ganz unmöglich, dort zu schwitzen!

Ich fühl jedoch den Drang, es aufzuschreiben mit heftiger Gewalt!

Ich müsst sterben, da es sonst auf Erden für Herz und Seele eisig kalt!

Fragen an die Natur

Was lispeln die Blätter so seltsam im Winde?

Was zirpen die Grillen so seltsam im Gras?

Was murmelt das Bächlein so heimlich geschwinde?

Was gurgelt es ohne Unterlass?

Was flüstert so lieblich im Gezweige, das Finkenähnchen mit seiner Frau?

Was singt der Nachtigall süße Geige? Was flüstern die Blumen im Morgentau?

Was treibt den Jüngling aus dem Hause? Was regt sich in des Mädchens Busen?

Was fesselt den Menschen an seine Klausur? Was treibt den Dichter zu den Musen?

Was bindet die Erde an die Sonne? Was hält an die Erde kreisend den Mond?

Was hält zusammen, in ehernen Banne, die Fülle des Weltalls zu jeglicher Stund?